

Das Grauen vor der Prostitution, den Drogen ... den Anderen

14.04.2010, Kathrin Schrader

Der deutsche Sozialstaat versuchte früher den „Bedürftigen“ neben der Grundabsicherung ihres Lebensstandards durch Resozialisierungs- und Reintegrationsmaßnahmen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Mehrheit zu ermöglichen. Dieser Ansatz wird heute mit dem Hinweis auf die „leeren Kassen“ und die angebliche Ineffizienz nicht mehr verfolgt und durch die übergeordnete Strategie des Gefahren- und Risikomanagements ersetzt. Im Zentrum der Aktivitäten steht jetzt die Gefährlichkeit des Individuums. Erkennbar sind diese Tendenzen in Deutschland unter anderem an der Erhöhung des Strafrahmens, der Absenkung der Strafmündigkeit, den vereinfachten Voraussetzungen für die U-Haft, der konsequenten Abschiebungspraxis und der Videoüberwachung öffentlicher Plätze.

Eine Gruppe, die im Fokus dieser Sicherheitsdispositive steht, das sind Menschen, die illegalisierte Drogen konsumieren. Drogenkonsum gilt in Deutschland nicht mehr grundsätzlich als moralisch verwerflich, da er zunehmend in der Mehrheitsgesellschaft und dort auch durch ihre Eliten praktiziert wird. Allerdings werden die Teile der Gesellschaft, die nicht verantwortlich, also nicht kontrolliert mit dem Konsum umgehen können oder wollen, zu einer Risikopopulation erklärt. Die Regulation der Risiken, welche dieser Gruppe zugeordnet werden – kombiniert mit einer dann doch oft moralisch unterfütterten Bewertung des Konsums – entscheidet über den Zugang zu bestimmten Räumen. So wurden zum Einen öffentliche Räume in Hamburg für die Risikogruppe „der Süchtigen“ geschlossen (Innenstadt, Hauptbahnhof, Schanzenviertel) und zum Anderen klar umgrenzte Zugänge für diese Gruppe (Drob Inn) oder für spezifische Untergruppen (Frauen – ragazza e.V., minderjährige Mädchen – Café Sperrgebiet, Stricher – BASIS-Projekt, Straßenkinder – KIDS) eröffnet. Hier treffen die Betroffenen nur noch mit Angehörigen der gleichen Risikogruppe zusammen. Früher ging es in der akzeptierenden Drogenarbeit hauptsächlich darum, einen weniger gesundheitsschädlichen Konsum zu ermöglichen. Dieses Anliegen hat sich geändert, jetzt geht es in erster Linie um die Entlastung des öffentlichen Raumes durch die Schaffung eines Ortes des „Anderssein“, in dem aber gleichzeitig „die Anderen“ effizienter kontrolliert werden können. Das ist übrigens nicht neu, sondern erinnert an die gesellschaftliche Funktion von Bordellen. Dort kann „das Andere“ ungestört „das Andere“ sein, aber es unterliegt in diesem Raum auch immer der Kontrolle (Schmidt-Semisch, Henning: Selber schuld. In: Krasmann, Susanne u.a. (Hg.), Gouvernamentalität der Gegenwart, 181). Der sichtbare Teil des Problems verschwindet aus der Wahrnehmung und kann so von der Mehrheitsgesellschaft ignoriert und damit akzeptiert werden. Die Träger sozialer Einrichtungen passen sich oft gezwungenermaßen, manchmal aber leider auch im Glauben an die gerade moderne Wettbewerbstheorie dieser Entwicklung, an. Die neuen Spielregeln bestimmen, dass sich nur die sozialen Einrichtungen behaupten können, welche effizient die Entlastung des öffentlichen Raumes und die Kontrolle der Risikogruppe gewährleisten.

Wer sind „die Anderen“?

Identitäten konstruieren sich, so Stuart Hall, nur auf der Grundlage der Differenz, nur über die Beziehung zum Anderen, in Beziehung zu dem, was sie nicht ist, zu gerade dem, was von ihr ausgelassen ist (Hall, Stuart 2004: Ideologie, Identität, Repräsentation, Hamburg, 171). In Hamburg St. Georg sind „die Anderen“, die Nicht Gewollten, die Überflüssigen, die Anormalen – u. a. drogenkonsumierende Sexarbeiterinnen. Nach Angabe drogenkonsumierender Sexarbeiterinnen

(Besucherinnen von ragazza e.V. Hamburg) belaufen sich die Kosten für harte Drogen bei täglichem Konsum auf schätzungsweise 100 bis 300 in Einzelfällen auch auf 500 EUR pro Tag. Wegen der hohen Kosten werden riskante Konsumformen (intravenös oder Crack) bevorzugt, um auch bei kleineren Mengen eine höhere Wirkung zu erzielen. Gleichzeitig entsteht ein enormer finanzieller Beschaffungsdruck. Die meisten drogengebrauchenden Frauen arbeiten im Hamburger Stadtteil St. Georg. Der Drogenstrich liegt im Sperrgebiet. Das bedeutet, dass die Frauen illegal arbeiten und ordnungswidrig handeln. Durch die Sperrgebietsverordnung werden die „Beschaffungsprostituierten“ zusätzlich kriminalisiert, da ihnen die lukrativen legalen Plätze, die von „Profi“- Frauen genutzt werden, nicht zur Verfügung stehen. Drogengebrauchende Frauen verstoßen außerdem ständig gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) und begehen oft auch andere Straftaten (u.a. durch Dealen, das Bunkern von Drogen, Ladendiebstahl, nicht erfüllte Auflagen der Staatsanwaltschaft, Erschleichung von Beförderungsleistungen etc.).

Nach Schätzungen der Polizei gehen in St. Georg ca. 450 Frauen der Straßenprostitution nach, viele von ihnen gebrauchen Drogen. Nach Angaben der Beratungs- und Übernachtungsstellen in St. Georg arbeiten etwa 800 bis 1000 Frauen in der Prostitution. Schätzungsweise 80% dieser Frauen sind Konsumentinnen von Drogen. Die Zahlen sind jedoch spekulativ, da es kein repräsentatives Zahlenmaterial gibt. Aus der Kombination von illegalisierter Prostitution und Drogenkonsum resultieren massive Folgeschäden und eine psychosoziale Verelendung, was zur Folge hat, dass sich die Mehrzahl der Frauen nicht mit dieser Erwerbstätigkeit identifizieren kann. Sie profitieren nicht von den medizinischen Vorsorgeuntersuchungen und sind daher oft durch Krankheiten geschwächt. Da sie auch den Selbstschutz nicht wie die hauptberuflichen Sexarbeiterinnen organisieren können, sind sie vielfach Misshandlungen und Vergewaltigungen ausgeliefert (Zurhold, Heike 1993: Drogenkarrieren von Frauen im Spiegel ihrer Lebensgeschichten, Berlin, 30/31). Drogenkonsumierende Sexarbeiterinnen sind zwar „die Anderen“, aber nicht die Einzigen, die dem Gefahren-, Risiko- oder Sicherheitsmanagement unterliegen!

Die Rechte „Marginalisierter“ im bürgerlichen Staat, ein Widerspruch an sich?

Junge dynamische leistungsfähige Menschen erobern „angesagte“ Stadtteile, wie St. Georg, kaufen Eigentumswohnungen und werben für einen bunten Strauß unterschiedlicher Kulturen, sexueller Orientierungen und Lebensformen. Die angepriesene Vielfalt entpuppt sich jedoch bei genauerer Analyse als ein Trugschluss. Der locker daher kommende Slogan von der Vielfältigkeit im Stadtteil ist ein hegemonialer Diskurs der weißen finanziell potenten Mehrheitsdeutschen. So werden zwar nach jahrzehntelangen Kämpfen endlich auch homosexuelle Lebensformen akzeptiert, aber umso stärker der „gewalttätige Migrant“ zu einem neuen Feindbild stilisiert. Auch die Frauen, die seit Jahrzehnten in St. Georg arbeiten und ihre Existenz durch Sexarbeit sichern, passen nicht zu dieser scheinbaren Diversität. Im Fokus der gesellschaftlichen Ächtung stehen zwar immer noch die „Junkiehuren“, jedoch fühlen sich die neuen bürgerlichen St. GeorgianerInnen eher durch die „Huren“ aus Bulgarien und Rumänien gestört. Vor allem die männlichen Anwohner fühlen sich durch deren angeblich kulturell spezifisch aggressive Freieransprache belästigt. So berichtet das PK 11, dass es bereits zu tätlichen Übergriffen durch die Frauen gegenüber potentiellen Kunden gekommen sei, was aber eher in den Bereich einer modernen Stadteilsage gehört. Um die AnwohnerInnen zu beruhigen, werden gouvernementale Regierungstechniken etabliert, die sich einen demokratischen Anstrich verleihen, indem sie vorgeben, die Stimmen aller Beteiligten aufzunehmen. Für Hamburg ist der „Runde Tisch“ mit seinen verschiedenen Arbeitsgruppen solch eine typisch gouvernementale Regierungstechnik. Hier sitzen Polizei, Wirtschaft und soziale Projekte an einem Tisch und debattieren über die Steuerung und Regulierung der Prostitution. Obwohl die Ergebnisse noch nicht veröffentlicht sind, kann jetzt bereits gesagt werden, dass die erarbeiteten Modelle keinesfalls den Bedarfen der betroffenen Frauen entsprechen. Es wird im Gegenteil in den meisten Bereichen zu einer Verschärfung der Situation durch weitere Repressionen gegen die Sexarbeiterinnen kommen. Das ist ein sehr trauriges Ergebnis, da Hamburg einst, verglichen mit anderen Bundesländern, eher eine progressive innovative Politik auch für „die Anderen“ unterstützt hat. Es stellt sich ein ungutes Gefühl ein, wenn frau sich vorstellt, wo eine solche Politik endet. Wer gehört zu einem Stadtteil, zu einer Stadt, zu einer Gesellschaft und wer nicht? Wer verfügt über Mitsprache und wer erreicht nie die Position einer SprecherIn? Eine funktionierende Gesellschaft muss immer auch „das Andere“ tolerieren, denn heute sind „die Anderen“ in Hamburg St. Georg die „Drogenprostituierten“, die „Bulgarinnen und Rumäninnen“, oder die „gewalttätigen Migranten“ und morgen könnten es die

„Alten“, die nicht Leistungsfähigen oder erneut die nicht Heteronormativen sein.

Ich möchte mit einem Zitat von Jean Améry aus dem Buch „Jenseits von Schuld und Sühne“ enden, das zu denken geben sollte: „Ich war mein Körper und nichts sonst: im Hunger, im Schlag, den ich erlitt, den ich zufügte. Mein Körper war ausgemergelt und schmutzverkrustet, war meine Misere. Mein Körper, wenn er sich zum Hieb anspannte, war meine physisch–metaphysische Würde. Die körperliche Gewalttätigkeit ist in Situationen wie der meinigen das einzige Mittel zur Wiederherstellung einer dislozierten Persönlichkeit. Ich war ich als ein Schlag – für mich selbst und für den Gegner. Was ich später in dem Buch von Frantz Fanon ‚Les damnés de la terre‘ in einer Analyse des Verhaltens der Kolonialvölker theoretisch ausgeführt gelesen hatte, nahm ich damals vorweg, als ich meine Würde sozial durch einen Faustschlage in ein Menschenantlitz verwirklichte.“

Feministisches Institut Hamburg Telefon: 040 - 42878 - 4005 · Fax: 040 - 42878 - 2081